

3.4. Mögliche Folgen des TTIP auf Entwicklungs- und Schwellenländer

Mit dem Welthandel und dessen Auswirkungen auf Umwelt und Entwicklung beschäftigen sich entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) seit Mitte der 1990er Jahre. Der Schwerpunkt der Auseinandersetzung lag auf der kritischen Begleitung der auf WTO-Ebene verhandelten so genannten Doha-Entwicklungsrunde sowie auf der bilateralen Handelspolitik der Europäischen Union. Im Zentrum der Kritik an der europäischen Handels- und Investitionspolitik stand das taktische Verhältnis, welches die Brüsseler Verhandlungsführer zum Prinzip des Freihandels unterhielten. Je nachdem ob die EU-Mitgliedstaaten in dem betreffenden Wirtschaftssektor Wettbewerbsvorteile gegenüber Nicht-EU-Staaten genießen oder nicht, hält die EU das Freihandelspostulat hoch oder runter. Während sie ihre (eigenen) Agrarmärkte mittels protektionistischer Maßnahmen gegen günstigere Agrarprodukte aus den Entwicklungsländern und Schwellenländern schützte, forderte sie seit der WTO-Ministerkonferenz 1995 in Singapore von den Ländern des globalen Südens eine Liberalisierung und Deregulierung ihrer nationalen Märkte in den Bereichen Investitionen, Dienstleistungen, geistiges Eigentum und öffentlichem Beschaffungswesen, um den europäischen Unternehmen einen besseren Zugang zu deren Märkten zu ermöglichen. An diesem Widerspruch scheiterten schließlich auch die Verhandlungen um den Abschluss der Doha-Runde. Die Entwicklungsländer konnten das in der WTO geltende Prinzip „Ein Land – eine Stimme“ zu ihren Gunsten nutzen, um die in der Minderheit befindlichen Industrienationen an der Durchsetzung ihrer partikularen Interessen zu hindern.

Seitdem die beiden WTO-Mitbegründer, EU und USA, ihre Handelsliberalisierungen auf multilateraler Ebene nicht mehr erfolgreich voranbringen (können), haben sie ihr strategisches Vorgehen neu ausgerichtet. Zum einen setzen sie auf plurilaterale Abkommen, wie zum Beispiel das Trade in Services Agreement (TiSA). Zum anderen forcieren sie den Abschluss von bilateralen Abkommen, wobei die EU neuerdings zunehmend Handelsabkommen mit führenden Industrienationen – erfolgreich – verhandelt. Im Oktober dieses Jahres wurde ein Freihandelsabkommen mit Kanada abgeschlossen.

Mit der Aufnahme der Verhandlungen zum TTIP im Juni 2013 wird ein weiteres, neues Kapitel in dem Bemühen aufgeschlagen, das Freihandelsdiktat im Interesse

der europäischen und US-Amerikanischen Konzerne und Wirtschaftsverbände in den Entwicklungs- und Schwellenländer durchsetzen – dieses mal allerdings durch die Hintertür. Seitdem die Verhandlungsdelegationen aus Brüssel und Washington ihre Arbeit aufgenommen haben, stellt sich für Brot für die Welt und andere in der internationalen Zusammenarbeit tätige Akteure die Frage, ob und inwieweit TTIP entwicklungspolitisch relevant ist. Denn:

1) TTIP zielt nicht (nur) darauf, Handelshemmnisse diesseits und jenseits des Atlantiks abzubauen, um so mehr Wachstum und Wohlstand in Europa und den USA zu schaffen. Die hinter den Verhandlungspartnern stehenden Konzerne und Wirtschaftsverbände wollen weit mehr. Die Errichtung einer transatlantischen Freihandelszone dient ihnen auch dazu, und möglicherweise sogar vornehmlich, ein neues handelspolitisches *globales* Paradigma zu schaffen, indem sie in dem mit Abstand größten Wirtschaftsblock der Welt Normen und Standards schaffen, um die Wettbewerbsvorteile, welche die USA und die EU in vielen Wirtschaftsbereichen genießen, weiter auszubauen und abzusichern. Sollte es zu der mit Abstand weltweit größte Freihandelszone kommen, deren Anteil am Welthandel sich auf 44 Prozent beläuft und deren Anteil des Weltsozialprodukts 47 Prozent betrüge, dann wird es für anderen Staaten und Staatengruppen schwer bis fast unmöglich sein, an den dort geltenden Regelungen über Investitionen, Dienstleistungen, Recht am geistigen Eigentum vorbeizukommen.

2) Ferner ist die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone zwischen den beiden Mitgründungsmitgliedern der WTO mit dem Ziel, dem Rest der Welt dadurch langfristig seine Regeln aufzuerlegen, nicht nur vor dem Hintergrund der gescheiterten WTO-Verhandlungen zu sehen, sondern auch im Kontext des sich von Jahr zu Jahr sowohl ökonomisch als auch politisch manifestierenden Aufstiegs der führenden Schwellenländer, allen voran Chinas, - und der damit einhergehende Abstieg der alten Großmächte, die seit Beginn der Neuzeit die weltpolitischen Geschicke (fast alleine) gelenkt haben.

Mit anderen Worten: TTIP ist eine (vielleicht letzte) Kraftanstrengung der Europäer und US-Amerikaner, ihre dominante weltpolitische Rolle gegenüber einer immer stärker werdenden multipolaren Welt zu erhalten, in dem China und zahlreiche führenden Regionalmächte verstärkt globale Mitsprache einfordern.

Die im folgenden angesprochenen potentiellen Folgen des TTIP auf die Länder des globalen Südens sind nicht das Ergebnis eingehender Untersuchungen, sondern eine erste Skizze ohne Anspruch auf thematische Vollständigkeit. Sie beschränkt sich auf einige Punkte und schließt z. B. die Frage aus, ob Länder des globalen Südens durch den Abbau der Handelsschranken zwischen der EU und den USA Marktanteile verlieren könnten. Denn der bejahenden Antwort der Bertelsmann-Stiftung stehen nicht nur die Zweifel an der Aussagekraft der Studie entgegen (vgl. Kapitel 1.4.), sondern ebenso fundierte Aussagen anderer Handelsexperten.

Investitionen

Die Förderung europäischer Direktinvestitionen sowie die Stärkung des Schutzes von Investoren im Ausland, regelmäßig verbunden mit der Anerkennung eines sog. Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahrens, genießen seit Jahren einen sehr hohen Stellenwert auf der handelspolitischen Agenda der EU. Diese Forderungen haben bei einigen der Verhandlungspartner im globalen Süden nicht nur heftigen Widerspruch, sondern inzwischen auch *Widerstand* hervorgerufen. Bolivien, Ecuador und Venezuela haben sich aus dem Streitschlichtungsgericht (International Centre for Settlement of Investment Disputes, ICSID) zurückgezogen. Südafrika, Bolivien und Ecuador kündigten bereits mehrere Bilaterale Investitionsabkommen (BITs). Und die Mitglieder des Bündnisses Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (ALBA) planen die Gründung eines Observatoriums für internationale Investitionsstreitfälle, das gemeinsame Strategien für den Rechtsbeistand beklagter lateinamerikanischer Staaten entwickeln soll.

Die EU-Kommission will TTIP nun anscheinend dazu nutzen, Bestimmungen zur Investitionsliberalisierung und zum Investitionsschutz auf der Basis des höchsten Liberalisierungs- und Schutzniveaus, einschließlich der besonders umstrittenen Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahrens, durchzuboxen. Eine Kombination der jeweils höchsten Standards hätte zur Folge, dass die Investitionsbestimmungen noch weitreichender ausfallen würden als bei allen bisherigen BITs. Entwicklungs- und Schwellenländer müssen befürchten, dass die im TTIP getroffenen Investitionsbestimmungen in Zukunft als Muster für neue oder nachzuverhandelnde BITs zwischen ihnen und den beiden Wirtschaftsmächten der nördlichen Hemisphäre gelten. Diese Sorge ist mehr als berechtigt. Die Handelskammer der USA hat schon verlautbaren lassen, die Investitionsbestimmungen zu TTIP sei wichtig, „weniger aus

Sorge um den aktuellen Zustand des Investitionsschutzes in den USA oder der EU, sondern als ein Symbol unseres gemeinsamen Engagements für einen weltweit starken Investitionsschutz“.

Dienstleistungen

Hauptziel des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS (General Agreement on Trade in Services) sowie nahezu aller bilateralen EU-Handelsabkommen ist die fortschreitende Liberalisierung sämtlicher Dienstleistungsmärkte. Geht es nach dem Willen der Europäer, so sollen auch die Regelungen über Dienstleistungen im Rahmen der TTIP nach der gleichen Maxime verfahren, wie ihre Forderungen beim Investitionsschutz: Das höchste Niveau der Liberalisierung in den existierenden Freihandelsabkommen beider Seiten soll unumkehrbar gebunden werden, um darauf aufbauend weitere Marktzugangsbarrieren zu beseitigen.

Auf Drittstaaten können sich TTIP-Regelungen zu Dienstleistungen auf verschiedene Weisen auswirken. Eine dieser möglichen Auswirkungen ist die Beeinflussung plurilateraler Foren, in denen über Dienstleistungsliberalisierungen, zugunsten der europäischen und US-amerikanischen Interessen. Eines dieser Foren ist das eingangs erwähnte TISA. Aufgrund der erdrückenden wirtschaftlichen Dominanz der EU und der USA könnten beide, in einem ersten Schritt, ihre im Rahmen des TTIP getroffenen Einigungen über Dienstleistungsliberalisierungen auch in dem plurilateralen TISA-Forum (erfolgreich) durchzusetzen versuchen. *Die für Entwicklungsländer wichtigen und notwendigen Regulierungsspielräume wären damit erheblich eingeschränkt.*

Darüber hinaus könnten die EU und die USA, in einem zweiten Schritt, versucht sein, (gegenüber Nicht-TISA-Mitgliedstaaten) die Gewährung von Handelspräferenzen und andere Vergünstigungen, die mit bestimmten Entwicklungsländern immer wieder ausgehandelt werden, davon abhängig zu machen, ob sie diesem plurilateralen Dienstleistungsabkommen beitreten, um so die Zahl der Unterzeichnerstaaten und damit den Einflussbereich der Abkommen zu vergrößern. Damit hätten sie den Stillstand der Doha-Runde zumindest im Dienstleistungsbereich partiell umgangen.

Recht am geistigen Eigentum

Seit langer Zeit versucht die EU in bilateralen Abkommen Bestimmungen zum Schutz geistigen Eigentums durchzusetzen, die über die WTO-Regelungen im Rahmen des

Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum (Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights, TRIPS) hinausgehen (sog. WTO-Plus-Bestimmungen), um die dominierende Stellungen der europäischen Pharmakonzerne weiter auszubauen. Die Interessenlage der US-amerikanischen Konzerne ist ähnlich gelagert, weswegen sie im Bereich des geistigen Eigentumsschutzes seit langem mit den Europäern eng kooperieren. 2005 wurde die Transatlantic Intellectual Property Rights Working Group eingerichtet. Einer ihrer drei Arbeitsschwerpunkte liegt auf der Durchsetzung des geistigen Eigentumsschutzes in *Dritt*ländern.

Es ist davon auszugehen, dass die europäischen sowie US-amerikanischen Konzerne und Wirtschaftsverbände sich dafür stark machen, im TTIP Regelungen zu treffen, welche den Druck zur Durchsetzung des geistigen Eigentumsschutzes in Drittländern noch weiter erhöhen. So forderte der internationale Verband Biotechnology Industry Organisation bereits im Mai dieses Jahres, TTIP solle genutzt werden um u. a. gegen die Zwangslizenzierung in Indien, die Zulassungsverfahren für Pharmapatente in Brasilien sowie für den Schutz von Unternehmensdaten in Schwellenländern wie China und Mexiko vorzugehen.

Diese Forderungen sind aus entwicklungspolitischer Perspektive sehr relevant und mehr als bedenklich. Das Verbot der sog. Zwangslizenzierung würde Indien zukünftig untersagen im eigenen Land Generika - das heißt wirkstoffgleiche Kopien von Arzneimitteln, die im Vergleich zum Originalpräparat (sehr viel) preisgünstiger sind - herstellen zu lassen. Zurzeit ist es dem indischen Generikahersteller Nacto noch möglich, ein Krebsmedikament zu produzieren und zu verkaufen, welches die gleiche Wirkung entfaltet wie ein ihm zugrundeliegendes, patentgeschütztes Medikament gegen Krebs, welches von Bayer hergestellt wird. Der Preis des indischen Generikas beträgt nur einen Bruchteil des Bayer-Produkts: 160 US-Dollar statt 5.000 US-Dollar für eine Monatsdosis.

Koordiniertes Vorgehen, einschließlich Sanktionen

TTIP wird aufgrund seiner wirtschaftlich dominanten Größe den Europäern und US-Amerikanern eine Machtposition verleihen, die diese nutzen können, und wahrscheinlich auch werden, um in zahlreichen Bereichen koordinierter als in Vergangenheit zu agieren, und unter Umständen dabei auch Handelssanktionen gegen Drittstaaten abzustimmen und einzusetzen.

Dabei könnte die Geldpolitik eine entscheidende Rolle spielen. Die US-Regierung hat von den Europäern in der Vergangenheit schon mehrfach ein gemeinsames Vorgehen gegen die Wechselkurspolitik Chinas gefordert. Die USA bezichtigt die chinesische Regierung, den Renminbi absichtlich unterzubewerten, um sich durch preisgünstigere (chinesische Waren) Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Aus entwicklungspolitischer Sicht sind solche, von Entwicklungs- und Schwellenländern, vorgenommen Unterbewertungen, eine zulässige Strategie, um Exportüberschüsse und damit Devisenreserven zu erwirtschaften.

Ein weiterer aus entwicklungspolitischer Perspektive sehr wichtiger Bereich ist die von der EU formulierte Forderung, TTIP zu nutzen, um die Eliminierung von Exportbeschränkungen auf Rohstoffe durchzusetzen. Eine solche Regelung würde Staaten verbieten, Ausfuhrzölle oder sonstige Ausfuhrbeschränkungen auf die von ihnen exportierten Rohstoffe zu erheben. Ziel dieser Regelung ist, Unternehmen, welche die Rohstoffe für die Herstellung ihrer Industrieprodukte benötigen, einen freien und preisgünstigen Zugang zu den energetischen und mineralischen Rohstoffen sicherzustellen. Gilt eine solche Regelung erst einmal in der übermächtigen transatlantischen Freihandelszone, so könnten die EU und die USA bei zukünftigen Verhandlungen mit Entwicklungs- und Schwellenländer über den Abschluss von Handelsabkommen angehalten sein auch von diesen zu fordern, solche Exportbeschränkungen aufzuheben bzw. solche nicht einzuführen. Regulierungen und Besteuerungen von Exporten können jedoch, wenn sie von den rohstoffexportorientierten Regierungen verantwortungsvoll und strategisch eingesetzt werden, ein wichtiges Instrument zur ökologischen und sozialen Reform ihres Rohstoffsektors sein und dazu beitragen, dass größere Teile der Bevölkerung vom Rohstoffreichtum profitieren.

Fazit

Der Versuch von EU und USA dem Rest der Welt mittels TTIP ihre Handelsregeln aufzuzwingen steht in einer sehr langen, im Falle der Europäer, sogar in einer fünfhundert Jahre alten Tradition. Dieses Vorhaben geschieht in einer Phase in der die beiden Protagonisten intern und extern geschwächt sind. Intern, da Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrisen die Regierungen in Brüssel und Washington seit 2008

nachhaltig beschäftigen. Und Extern wegen des Aufstiegs der Schwellenländer. China ist auf dem besten Weg, die USA in den kommenden Jahrzehnten als größte Volkswirtschaft abzulösen. Damit würde das Reich der Mitte wieder den Platz einnehmen, den es bereits in den (ersten) achtzehn der vergangenen zwanzig Jahrhunderte innehatte. Auch Brasilien, Indien, Südafrika und die anderen in den G-20 vereinigten Schwellenländer werden eine wachsende Rolle auf dem Parkett des Welthandels einnehmen. Wer hierbei aller Wahrscheinlichkeit nach ins Hintertreffen geraten wird, sind die ärmsten Entwicklungsländer. TTIP birgt die Gefahr, die in der Vergangenheit gemachten Fortschritte in den Nord-Süd-Beziehungen zu unterminieren und möglicherweise neue Konfrontationen zu provozieren, anstatt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel sowie einer fairen und gerechten Verteilung von Rohstoffen und anderer natürlicher Güter für diese und kommende Generationen beizutragen.

Wir sind in den kommenden Jahren herausgefordert zum einen mit unseren Partnern im Süden die potentiellenentwicklungspolitischen Implikationen von TTIP genauer zu analysieren und unsere Positionen in enger Kooperation mit politischen Akteuren aus den USA in den Verhandlungsprozess erfolgreich einzubringen. Nicht nur die Menschen in Indonesien, Ghana und Peru, auch wir Europäer und US-Amerikaner haben etwas Besseres verdient als TTIP. *(Sven Hilbig)*